Ulrich von Alemann

Die Parteien nach den Wahlen: ratlos?

Prof. *Dr.* Ulrich von Alemann, geb. 1944 in Seebach/Thüringen,
Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und des Staatsrechts in München, Köln, Bonn und Edmonton/Kanada, leitet den Arbeitsbereich Politikwissenschaft an der FernUniversität Hagen.

Nach dem Superwahljahr 1994 hatte doch alles so gut ausgesehen: Die Wahlbeteiligung war endlich nicht mehr weiter gesunken, sondern hatte sich — außer in den neuen Bundesländern - deutlich stabilisiert. Die Rechtsradikalen waren vom Wähler eindeutig abgeschlagen im Aus gelandet, und auch die neuen STATT-Parteien hatten sich durch interne Querelen selbst pulverisiert. Die Wählerinnen und Wähler hatten bei der Bundestagswahl ein klares Wort gesprochen: Verluste der Regierungsparteien von 2,4 Prozent für die CDU/CSU und 4,1 Prozent für die FDP als deutliche Mahnung, aber dennoch knappes Votum für die Regierungsfortsetzung; ein Plus für die Opposition von 2,9 Prozent für. die SPD und 3,5 Prozent für Bündnis 90/Die Grünen als freundliches Signal an eine Regierung in spe. Auch die neuen Bundesländer bekamen mit der PDS als linker Regionalpartei ihre Sondervertretung vom Wähler zugestanden. Alles im Lot?

Alle Parteien konnten in der Wahlnacht dem beliebten Ritual frönen und „Wir danken unseren Wählern" in Fernsehrunden aufsagen und auf ihren Plakaten überkleben. Die Aufregung um Politikverdrossenheit, Parteienallmacht und Unberechenbarkeit der flatterhaften Wählerschaft war also verflogen?

Deutschlands politisches System erscheint als Hort der Stabilität. Frankreich muß mit bis zu 20 Prozent der Stimmen für die Rechtsradikalen fertig werden. Großbritannien muß sich mit einer desolaten Regierungspartei bis zu den nächsten Wahlen durchschleppen, Italien sein Polit-Chaos mit einer

Expertenregierung kultivieren. In den USA hat Clintons Reformeuphorie keine zwei Jahre gehalten. Rechte republikanische Fundamentalisten haben den Kongreß erobert. Währenddessen regiert in Deutschland Kohl unverdrossen weiter. Nur sein Kinkel ist blessiert und auf den Außenministerposten reduziert. Die Opposition opponiert im Bundestag und regiert im Bundesrat ein bißchen mit, die Gewerkschaften machen ihre Tarifpolitik weiter und haben im Frühjahr 1995 den Metall-Arbeitgebern soviel abgeluchst, daß der Arbeitgeberverband jetzt einem Hühnerhaufen gleicht, soviel wird da gegackert. Also hätten die deutschen Parteien doch Grund genug, ihren Wählern zu danken. Und seien wir nicht zu undankbar: wir Wähler unseren Parteien und den organisierten Interessen - von den Gewerkschaften bis Greenpeace - ebenfalls.

II.

Nach den Landtagswahlen vom 14. Mai 1995 in Nordrhein-Westfalen und in Bremen, nach der Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt vom Juni 1995 haben alle Parteien wieder gedankenlos plakatiert: Wir danken unseren Wählern. Dabei sind sie fast alle von den undankbaren Wählern ziemlich gebeutelt worden.

In Bremen verlor eine schon vorher zerbrochene Ampel-Koalition. Aber auch die CDU-Opposition profitierte nur mäßig. Eine sozialdemokratische Abspaltung räumte 10 Prozent ab. Henning Scherf, der erklärte Rot-Grün-Promoter in der SPD, bekam von seinen Parteigenossen in einer Urabstimmung ein überwältigendes Mandat als Regierungschef. Aber eine nur hauchdünne Mehrheit derselben Mitglieder zwang ihn zu einer Großen Koalition mit der CDU. Und in Frankfurt führten Querelen in der Rot-Grün-Koalition zum Rücktritt des Oberbürgermeisters von Schoeler, der bei der anschließenden Direktwahl am 25. Juni 1995 der CDU-Kandidatin Petra Roth recht deutlich unterlag. Diese muß nun gegen eine rot-grüne Mehrheit im Magistrat regieren.

Aber diese beiden Städte, von denen Bremen mit Bremerhaven auch ein Land sein will, haben sich schon lange durch besondere Zerstrittenheit ihrer Parteien ausgezeichnet. Überraschen können deshalb komplizierte Ergebnisse hier nicht. Aber mißlich ist die Lage schon, gerade wenn in *der* Dienstleistungsmetropole Frankfurt Rot und Grün gemeinsam es nicht schaffen, ihren Kandidaten, der dazu seine bürgerliche Herkunft aus der alten FDP nicht verleugnen kann, durchzubringen. Die Gegenkandidatin der Opposition hatte sich statt dessen, verkehrte Welt am Main, als die Oberbürgermeisterin aller Frankfurter erfolgreich durchsetzen können - eine Rolle, die normalerweise der Amtsinhaber auszufüllen hat. Frankfurt und Bremen: Quittung für Zerstrittenheit der dort früher „ewig" stärksten Regierungspartei, der SPD? Nur lokale Folklore oder Früh-Indikator für Trends in Dienstleistungszentren? Fragen, die vielleicht ein Blick in ein großes, „richtiges" Bundesland zu beantworten hilft.

Nordrhein-Westfalen hat eine andere Dimension. Dieses Bundesland mit seiner 17-Mio.-Bevölkerung, mit seinem Industriepotential, seiner weltweiten Exportquote, seinen Medienstandorten und Dienstleistungszentren ist potenter als viele der kleineren europäischen Nationalstaaten in der EU. Nicht nur das Ruhrgebiet, erst recht Nordrhein-Westfalen als Ganzes ist ein ganz schön starkes Stück Deutschland.

Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen ist sehr einfach, es gibt keine Rätsel auf wie in Bremen und in Frankfurt. Es ist in seiner Tiefenschärfe für alle Parteien so schmerzhaft klar wie ein Schwarzweißphoto - außer für Bündnis 90/Die Grünen. Die FDP fliegt mit nur noch 4 Prozent hochkant aus dem Landtag. Sie kann sich auch nicht mit dem Pech des knappen Scheiterns trösten. Die CDU hat einen Punkt gewonnen und berauschte sich in der Wahlnacht an diesem grandiosen Sieg, an dieser tollen Trendwende. Aber sie hat vor 20 Jahren noch 47,1 Prozent geholt und regiert. Danach ist sie vor 10 Jahren (1985) auf 36,5 Prozent gefallen. Nun hat sie sich mühsam auf 37,7 Prozent hochgerappelt. Das bleibt ein Desaster für diese einstmals an Rhein und Ruhr führende, stolze Partei, die jetzt nicht einmal mehr eine kleine Koalition zusammenbringen könnte. Durch das FDP-Desaster ist im übrigen das bürgerliche Lager aus den beiden Parteien von 42,5 Prozent in den Wahlen von 1985 und 1990 auf 41,7 Prozent geschrumpft - weit entfernt von einer irgendwie strukturellen Mehrheit.

Bei der FDP hat sich einmal mehr gezeigt, daß dieser Partei ohne eine Koalitionsaussage, die sie meinte, schlau offenlassen zu können, die Substanz fehlt, um über die Fünf-Prozent-Hürde zu springen. Aus eigener Kraft ist der politische Liberalismus in Deutschland als Partei nicht mehr lebensfähig.

Der CDU-Wahlkampf plante sich besonders clever. Man wußte sich hoffnungslos im Rückstand in der Popularität des Spitzenkandidaten: Helmut Linssen war nur 38 Prozent der Wähler als Spitzenkandidat bekannt gegenüber 71 Prozent für Johannes Rau.[1] Von allen Wählern wollten 18 Prozent Linssen als Ministerpräsident, deutlich weniger als die CDU Parteistimmen erhielt, gegenüber 50 Prozent aller Wähler für Rau. Deshalb war neues Profil gefragt. Die CDU setzte ganz auf Linssen allein, ohne Mannschaft, ohne den populären Landesvorsitzenden Norbert Blüm. Und sie blies zum Angriff und setzte alles auf die eine Karte Innere Sicherheit/Schutz vor Kriminalität - der einzige Bereich, bei dem die Wähler der CDU eine größere Kompetenz als der SPD-Landesregierung zubilligten. Diese personale und thematische Profilierung ging nicht auf. Die CDU erreichte ihr Wahlziel, die 40-Prozent-Marke, nicht. Sie bleibt in einem ähnlichen Stimmenloch sitzen wie die SPD auf Bundesebene. Aber der ausgebliebene Erfolg der CDU-Opposition ist kein Grund zur Freude für die regierende SPD in NRW.

1 Alle Wahl- und Einstellungsdaten in diesem Artikel aus: Forschungsgruppe Wahlen e. V, Wahl in Nordrhein-Westfalen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. Mai 1995, Bericht Nr. 81, Mannheim 1995.

IV.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen fiel von stattlichen 50 Prozent der Stimmen auf 46 Prozent und verlor damit die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag. Auch die SPD dankte ihren Wählern - gedankenlos, denn der Verlust der absoluten Mehrheit bedeutet nicht einfach nur, um ein paar Punkte zurückzufallen, sondern kommt dem Abstieg aus der Ersten Liga gleich. Es ist ein Schock, der ihr noch nicht in die Glieder, noch nicht bis in die letzten Parteigliederungen gefahren ist. Sicher nicht durch die Koalitionsverhandlungen, die sich lange Wochen hinzogen.

Die 4 Prozent Verlust sind in der Tat wahlanalytisch schwer zu erklären. Wahlen werden gewonnen mit Personen, Programmen und Politiken, so lesen wir in den Lehrbüchern. Personen? Johannes Rau hatte eine übermächtige Ausstrahlung, selbst in die Reihen der größten Oppositionspartei. Von den CDU-Anhängern plädierten vor der Wahl 33 Prozent für den amtierenden Ministerpräsidenten. Die Popularität von Rau hatte sich seit den letzten Wahlen sogar noch gesteigert. Er erreichte nach der Analyse der Forschungsgruppe Wahlen die beste Beurteilung, die jemals ein Spitzenkandidat bei einer Landtagswahl seit der Vereinigung Deutschlands 1990 erhalten hat. Der SPD-Wahlkampf nahm diese Steilvorlage der Popularität seines Spitzenkandidaten selbstverständlich auf. Nach einer verblüffenden Anwärmphase in den Osterferien mit bunten Strichmännchen des spanischen Grafikers Gustave dominierte das Porträt von Rau, Rau und nochmals Rau. Vielleicht war das einen Kick zu überdreht. Vielleicht hätte Rau im Gespräch mit Bürgern und einigen seiner Schwergewichte im Kabinett ergänzt werden können. Vielleicht. Jedenfalls hat der SPD-Wahlkampf schulmäßig die Demoskopie nachbuchstabiert, wie ja die CDU dies ebenfalls tat. Eine objektive Evaluation der Effektivität von Wahlkampfmitteln gibt es aber nicht. Wenige aktive Wahlkämpfer scheinen im übrigen daran interessiert zu sein. Die Wirkung eines anderen Wahlkampfes wird man deshalb nie ermitteln können.

Programm? Das SPD-Regierungsprogramm versprach nicht Honig und Wein für alle, aber Brot und ein Stück Hoffnung für jede Zielgruppe. Es fehlte an nichts. Alles, von der Ökonomie bis zur Ökologie, von der Bildung bis zur Forschung, von den Frauen bis zu den Jungen und den Alten, war penibel aufgeschrieben. Nur der kleine Dreh, irgendeine Überraschung, etwas gegen den Strich gebürstet, eine ganz kleine Vision, ein bißchen was zum Mitreißen, Mitschunkeln, Mitsingen - das fehlte.

Die Politiken? Die Inhalte, die Leistungen? Auch die sprachen für die SPD. Bei allen wichtigen Problemen - Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Umweltschutz, Wohnungsmarkt - sprachen die Bürger vor der Wahl der SPD-Landesregierung weit mehr an Kompetenz zu als der CDU - mit Ausnahme der Kriminalitätsbekämpfung, wie bereits berichtet.

Ja, was wollte der Wähler denn dann? Die Wahlanalytiker, die an den rationalen Wähler glauben, hätten ihm wohl geraten, SPD zu wählen, wenn

Personen, Programme und Politiken stimmen. Aber vielleicht kam es diesmal nicht darauf an. Der Wähler - das undankbare Wesen? Die Wähler wollten Johannes Rau, und sie wollten die SPD an der Regierung behalten. Das bestätigen alle Umfragen. Aber das war ihnen irgendwie nicht genug. Ihnen war die absolute Mehrheit der SPD nicht so wichtig. Selbst 34 Prozent der SPD-Anhänger wollten keine absolute Mehrheit für ihre eigene Partei. 61 Prozent der SPD-Anhänger hatten sich für eine Koalition mit den Grünen ausgesprochen, nur 16 Prozent für eine Große Koalition. Kein Wunder, wo die Wähler geblieben sind. Es ist ganz offensichtlich, daß einige SPD-Anhänger koalitionspolitisch grün gewählt haben, weil sie eine andere, neue, frischere SPD-Politik wollten.

V.

Die Grünen sind die eindeutigen und alleinigen Gewinner der Wahl in Nordrhein-Westfalen. Sie haben ihren Stimmenanteil von 1990, als sie spät genug erstmals den Landtag knapp erreichten, auf 10 Prozent glatt verdoppelt. Ein satter Anstieg der Stimmen um 100 Prozent ist schon eine kleine Sensation. Und das ohne öffentlich bemerkenswerte Spitzenkandidaten, ohne Programme, die aus dem üblichen grün-alternativen Rahmen gefallen wären, und ohne Politiken in der letzten Legislaturperiode, die irgendwie bundes- oder landespolitisch hätten aufhorchen lassen. Immerhin erreichten sie in ihrer Oppositionsarbeit laut Forschungsgruppe Wahlen bessere Noten als die FDP und sogar als die CDU. '

Die Grünen hätten wahrhaftig allen Grund gehabt, ihren Wählern zu danken, aber sie unterließen diese stereotype Plakatierung. Weniger die drei großen P der modernen Wahlanalytiker, sondern die alten sozialstrukturellen Thesen der klassischen Wahlforschung greifen zur Erklärung des Wahlergebnisses. Die Jungen, die Angestellten und Beamten, die besser Ausgebildeten, die Großstadtbewohner, kurz: die jungen Universitätsstadtbewohner in Dienstleistungsberufen sind die Wählerinnen und Wähler der Grünen. Aber sie haben auch auf dem Land und in der Fläche aufgeholt. Selbst in ihren schwächsten Wahlkreisen, ob in Olpe oder im Hochsauerlandkreis, übersprangen die Grünen mühelos die Fünf-Prozent-Hürde.

Die größte Überraschung war das moderate und öffentlich einheitliche Auftreten der Grünen nach der Wahl und vor den Koalitionsverhandlungen. Kompromiß war angesagt, ein Wort, das in der Gründungsgeschichte der Grünen noch ein Unwort gewesen war. Die grüne Basis, in der Vergangenheit für jede Unberechenbarkeit gut, akzeptierte mit überwältigender Mehrheit beim Parteitag in Kevelaer das Verhandlungsergebnis. Die lange als chaotisch geschmähten Landesgrünen haben gestanden. Steht auch die SPD zum Wahlergebnis?

VI.

Der Wahlschock ist für die SPD ein Kulturschock, der noch manche erstarrten Strukturen aufbrechen muß. Die SPD hat in der Vergangenheit ein

grandioses Landesbewußtsein geschaffen. „Wir in NRW" - das ist gelernt worden. Wir in NRW, das heißt SPD, WestLB, WDR und RWE und natürlich IGBE und BVB. Landesregierung und Landespartei konnten mit verteilten Rollen an einem Strang ziehen. Wir sind das Land! Das hat sich mit der Wahl vom 14. Mai 1995 drastischer gewandelt, als es viele wahrhaben wollen. Denn ohne absolute Mehrheit gilt nicht mehr SPD = NRW. Die SPD ist eine große Partei, die größte und die dominierende im Lande, nicht mehr und nicht weniger. Die SPD ist ab jetzt ein Koalitionspartner - sicher der überragend größte, aber sie ist nicht mehr die einzige Partei in der Regierung. Das bringt mehr Wandel, als sich viele bisher eingestehen. Der notwendige Wandel der politischen Kultur kommt in normalen Wahlanalysen nicht vor.

Die NRW-SPD ist wieder eine „Partei" geworden, also wörtlich ein Teil. Sie ist nicht mehr das Land, die Landesregierung. Sie muß sich deshalb in Zukunft eigenständiger entwickeln. Sie muß mehr Unabhängigkeit von Landesregierung und Landtagsfraktion gewinnen. Auch die Fraktion wird wieder mehr Eigengewicht bekommen, ohne daß sie eine Gegenregierung werden darf. Es kann nicht so weitergehen, daß in der Staatskanzlei alle politische Macht zentriert ist und dort auch die SPD-Parteipolitik und Parteiprogramme konzipiert werden. Aber die Landespartei SPD muß dazu erst in die Lage versetzt werden. Die Ressourcen, personell und finanziell, sind derzeit desolat. Die Landes-SPD hat keine Landeszentrale, wie sie einer führenden Regierungspartei in einem 17 Mio. Land zustünde. Die Bezirke müssen endlich mehr Kompetenzen und Finanzen an die Landespartei abgeben. Flier muß die SPD von den Fehlern der CDU lernen, die auch durch ihre Konkurrenz der zwei Teilverbände viel von ihrer alten Dominanz aus den fünfziger Jahren verspielt hat.

Bei allem, was aus den Koalitionsverhandlungen in NRW über die Medien nach außen drang, herrschte ein fataler Eindruck vor: Die Grünen fordern mehr Ökologie und Bildung, weniger Verkehr und Wachstum - die SPD mauert, lehnt ab, spart, bleibt stur. Wenn dieses Medienbild so weitergeht, kann die SPD bei der nächsten Wahl die 40-Prozent-Marke anpeilen. Wie stark das Thema Umweltschutz in Deutschland ist, haben wir gerade alle am Einknicken des Weltkonzerns Shell gegenüber dem kleinen Umweltkampfverband Greenpeace gespürt, der erfolgreich das Versenken der Ölplattform Brent Spar verhindert hat. Die gesamte Öffentlichkeit der Bundesrepublik bis zur CSU und Jungen Union schloß sich Boykottaufrufen gegen Shell an. Das hatte es noch nicht gegeben. Das zeigt die ungeheure Bedeutung und Sprengkraft des Themas Umweltschutz. Und der deutsche Shellkonzern dankte nicht nach der Aktion seinen Kunden, sondern erklärte: „Wir wollen uns ändern". Shell artikulierte in Großanzeigen Selbstkritik und gestand Fehler ein: „Wir sind daran erinnert worden, daß wir als Unternehmen unsere Größe und Stärke letzten Endes Ihnen, unseren Kunden, verdanken." Aus einer solchen Lektion können auch große deutsche Parteien und Gewerkschaften nach Verlusten lernen. Von Shell lernen heißt, aus Fehlern lernen.

VII.

Ist die Wahl in NRW, aber auch in Frankfurt und Bremen, nicht nur für die SPD, sondern auch für die Gewerkschaften verlorengegangen? Man sollte es fast glauben, wenn man die Untergangsszenarien der Gewerkschaftsvorsitzenden Hermann Rappe und Hans Berger von IG Chemie und Bergbau, die sich demnächst vereinen, nachliest. Blockade der Forschung, Verlust der Kompetenz für neue Technologien, Verschleppung von Genehmigungsverfahren, Abwanderung der Industrie, Untergang von Braun- und Steinkohle werden an die Wand gemalt - Szenarien, die dramatischer als die Unkenrufe aus dem Uhternehmerlager klingen. Rudolf Alberg, der Geschäftsführer der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern von NRW, sagte nach der Wahl gleich schadenfroh, aber demokratiebewußt: „Es ist nie gut, wenn eine Partei so lange die alleinige Mehrheit hat".[2] Wenig später riefen die Unternehmer nach der übergroßen Mehrheit einer Großen Koalition.

Genau dies forderten die beiden Gewerkschaftsvorsitzenden unermüdlich. Auch wenn die Sorgen der Interessenvertreter einzelner Branchengewerkschaften verständlich sind - der Ton war überzogen, der Inhalt kurzsichtig. Der Scheinkonsens einer Großen Koalition würde dieses Land und die bisher führende Partei in eine größere Zerreißprobe stürzen als jede andere Regierung. Die Vorsitzenden von DGB und IG Metall, von ÖTV und anderen Gewerkschaften und ihren Gliederungen waren weitsichtiger. Nicht die Farbe der Koalition, sondern ihr Inhalt zählt.

Der liegt nun als Koalitionsvereinbarung auf dem Tisch. Der voluminöse Vertrag spricht eine deutliche Sprache: „Die wichtigste Aufgabe der Landespolitik bleibt auch in den kommenden Jahren die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" - heißt es gleich in der Präambel. Mehrfach wird dies an anderer Stelle wiederholt, z. B.: „Die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen, der Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze bleiben auch in dieser Legislaturperiode vorrangige Aufgabe". Deutlicher geht es kaum. Die Gewerkschaften müssen diese Arbeitspolitik für das *ganze* Land einklagen, statt sich nur als Interessengruppe für Einzelbereiche zu beklagen.

VIII.

Die Koalitionsverhandlungen in Nordrhein-Westfalen waren langwierig, aber unaufhaltsam gekrönt vom Erfolg in Gestalt eines Koalitionsabkommens, das an Detailreichtum und Umfang seinesgleichen sucht. Johannes Rau hat sich auf dem Hagener Parteitag der SPD gefordert gefühlt, dreimal zu betonen, es handele sich um kein Parteiprogramm. Das war gut, denn manche allgemeinen Wünsche und Forderungen an die gemeinsame Zukunft der beiden Parteien lesen sich so. Andere Passagen sind detailversessen oder auch konfliktorientiert, wenn bei manchen Problemen der Dissenz betont

2 Handelsblatt, 16. Mai 1995.

wird. Warum auch nicht? Auch manchem Parteiprogramm täte eine Abkehr vom Schönsprech ganz gut. Trotz kritischer Debatten auf den beiden Parteitagen fand die Koalitionsvereinbarung eine überwältigende Zustimmung. Über die Zukunft darf spekuliert werden.

Sie ist riskant, denn die Erwartungen beider Seiten sind hoch. Auch die Aussichten für die Grünen sind nicht risikofrei, denn sie haben vom Wähler ihr positives Wahlergebnis als eine Hochrechnung auf ein rot-grünes Bündnis erhalten und nicht als grünes Solo der reinen Lehre. Der Wähler wird nur den Erfolg der Koalition danken. Die Große Koalition wäre für die Grünen am bequemsten gewesen. Ohne Risiko könnten sie dann bei der nächsten Wahl noch einmal kräftig auf Kosten der SPD zulegen.

Für die SPD ist das Risiko ungleich höher. Aber wäre die Alternative der Dissidenten um Friedhelm Farthmann, die IG Bergbau und Energie und die IG Chemie, lieber eine Große Koalition zu wagen, etwa risikofreier? Würde bei einer Großen Koalition nicht die Opposition der Grünen bei der nächsten Wahl um mindestens weitere 5 Prozent honoriert und die Regierungsfähigkeit der CDU mit zusätzlichen 5 Prozent belohnt werden? Dann könnte die SPD bei 36 Prozent landen - bundesweit sicherlich kein ungewöhnliches Ergebnis, aber in NRW doch etwas herb.

Es gab schlicht keine realistische Koalitionsalternative für die SPD. Deshalb mußte sie auch in den Verhandlungen besonders hart pokern, um von der Alternativlosigkeit abzulenken. Die Aussichten sind offen. Die SPD hat nach rot-grünen Bündnissen schon die absolute Mehrheit gewonnen, oder sie ist in anderen Fällen zurückgefallen. Es kommt ganz auf sie selbst und auch auf ihre Bündnispartner, z. B. auf die Gewerkschaften, an. Die SPD muß die Initiative zurückgewinnen, Phantasie entfalten, statt im Phantasialand zu tagen, gute, professionelle politische Dienstleistungen anbieten, statt biedere Hausmannskost abzukochen. Das heißt für die SPD, auch Parteireformen ernst zu nehmen und erstarrte Strukturen aufzuknacken, z. B. in den Bezirken und Unterbezirken. Einfach nur ein paar neue Reförmchen der Mitgliederbefragung bei Spitzenkandidaten zu erfinden, bringt jedenfalls nicht das neue Denken. Schlankere Organisation ist auch in der Politik angesagt. Die SPD hat schlicht und einfach eine Organisationsstufe zuviel. Zwischen der Basis der Ortsvereine, den Städten mit ihren Unterbezirken und dem Land sind die Bezirke ein ehrwürdiger Anachronismus, teure Dinosaurier, deren Pflege zuviel Geld und Kraft kostet. Mehr politische Kompetenzen sollten an eine schlagkräftigere Landesebene delegiert werden. „Total unrealistisch" wird man einem solchen Vorschlag vorwerfen, naiv geradezu, wenn man die traditionsreiche Geschichte der Partei und die jüngste Geschichte gescheiterter Satzungsreformen bedenkt. Aber wenn die schwerfällige ÖTV 1994 eine Satzungsreform schaffte, die z. B. den Gewerkschaftskongreß halbierte und die 46 fachlichen Abteilungen auf acht Bereiche reduzierte, dann wird auch die SPD eine solche Reform an Haupt und Gliedern anpacken können.;

Rot-Grün in NRW - kein historisches Bündnis und kein Modell für Bonn, kein Feldversuch und kein Experiment, so haben alle Beteiligten eilig versichert. Was ist es dann? Ein „Gegengewicht zur Bonner Koalition" hat es Johannes Rau in Hagen genannt, „deren Politik den gesellschaftlichen Zusammenhang gefährdet, die zur sozialen Ausgrenzung führt, die keine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik betreibt, deren Umwelt- und Energiepolitik zu Lasten kommender Generationen geht". Wenn dies gelänge, so Rau weiter, dann könne auch das Vertrauen entstehen, „damit auf Bundesebene endlich eine neue politische Mehrheit entsteht". Das ist wohl klar genug. Und dies kann auch von den Gewerkschaften mitgetragen werden. Kann? Muß, denn anders wird soziale Reformpolitik nicht gehen.

Die SPD sollte ihren Wählern dankbar sein — für diesen schmerzhaften Punkteverlust als Anstoß und Auftrieb für die nächste Saison.